

Nichts ist irreversibel in einer Demokratie

Während Europa umsteuert, klammert sich Berlin an einen teuren Sonderweg. Wer bezahlbare Energie will, muss den Atomausstieg politisch wieder aufrollen

NICOLE KOCH

Versuchen Sie für einen Moment, sich zu öffnen und die Perspektive zu wechseln. Nicht aus der Sicht eines Ingenieurs. Nicht aus der Sicht eines Politikers. Sondern aus der Sicht einer Mutter. Ich habe Kinder, und wie viele Eltern frage ich mich: In welcher Welt werden sie einmal leben? Wird Energie zuverlässig verfügbar sein? Wird sie bezahlbar bleiben? Wird Deutschland noch das Land sein, in dem Innovationen entstehen, wo es gut bezahlte Arbeitsplätze gibt?

Diese Fragen beschäftigen mich privat und sind zugleich mein beruflicher Antrieb. Seit mehr als zwanzig Jahren arbeite ich in der Kerntechnik. Heute bin ich Geschäftsführerin des Branchenverbands Kerntechnik Deutschland e.V. und zugleich der Kerntechnischen Gesellschaft e.V., die den ganzheitlichen Austausch in diesem Bereich fördert und sich für den Nachwuchs engagiert.

Denn Technologieentscheidungen betreffen uns alle. Sie bestimmen nicht nur Strompreise, sondern auch Arbeitsplätze und den Alltag von Millionen von Menschen.

Meine Aufgabe ist es zuzuhören, zu fragen und zu vermitteln. Seit zwei Jahrzehnten arbeite ich täglich mit Physikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern zusammen. Ich spreche nicht für Experten, ich spreche mit ihnen. Was mich jedoch immer mehr umtreibt, ist die Art, wie in Deutschland über Atomkraft diskutiert wird. Statt Inhalte zu debattieren, wird oft über Personen diskutiert und Expertise abgesprochen. Dabei ist eine nüchterne, faktenbasierte Auseinandersetzung so dringend notwendig!

Denn während Deutschland lange meinte, das Thema Kernenergie endgültig abgeschlossen zu haben, hat sich die Welt um uns herum weiterentwickelt. Europa bewegt sich. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete jüngst die Abkehr von der Kernenergie als einen „strategischen Fehler“ und stellte Maßnahmen vor, dies zu korrigieren. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte zunächst, er teile diese Einschätzung, nur um kurz darauf zu behaupten, der deutsche Atomausstieg sei „irreversibel“, weil frühere Regierungen ihn beschlossen hätten.

Das mag politisch bequem sein, sachlich ist es schlicht falsch. In einer Demokratie ist kaum etwas unumkehrbar. Gesetze können geändert werden. Genau das ist der Kern parlamentarischer Politik. Wer etwas anderes behauptet, will keine Debatte führen, sondern sie beenden. Doch die Debatte findet längst statt. Bei unseren Nachbarn in Europa und zunehmend auch in Deutschland.

Belgien hat seinen Ausstieg revidiert

In vielen europäischen Ländern wird heute sehr pragmatisch darüber gesprochen, wie eine sichere, klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung aussehen kann. Polen baut seine erste Kernkraftwerksflotte auf. Schweden plant zusätzliche Reaktoren. Großbritannien investiert in neue Anlagen ebenso wie in kleine modulare Reaktoren.

Frankreich verlängert Laufzeiten und baut neue Kapazitäten. Belgien hat seinen Ausstieg revidiert. Die Niederlande, Tschechien, Rumänien, Slowenien und Bulgarien investieren ebenfalls. Selbst Länder wie Dänemark, Italien und die Schweiz prüfen wieder offen den Einsatz der Kernenergie. Kurz gesagt: Deutschland und Österreich sind fast allein auf weiter Flur mit ihrer kategorischen Ablehnung.

Viele Staaten stehen vor denselben Herausforderungen wie wir: steigende Energiepreise, geopolitische Unsicherheiten und die Notwendigkeit, CO₂-Emissionen drastisch zu senken. Kernenergie erfüllt dabei drei Eigenschaften, die für moderne Energiesysteme entscheidend sind: Sie ist CO₂-arm, sie liefert zuverlässig Strom und sorgt so für die dringend notwendige

Grundlast, und sie kann langfristig stabile Strompreise ermöglichen.

Erneuerbare Energien sind und bleiben ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Aber mit ihrem steigenden Anteil wird auch deutlich, dass ein Energiesystem, das ausschließlich auf wetterabhängige Energiequellen setzt, enorme Anforderungen an Netze, Speicher und Backup-Kapazitäten stellt. Viele europäische Staaten ziehen daraus eine pragmatische Schlussfolgerung: Sie kombinieren Erneuerbare Energien mit Kernenergie.

Ein weiterer Aspekt gewinnt dieser Tage an Bedeutung: die Resilienz unseres Energiesystems. Der massive Ausbau von Wind- und Solarenergie erfordert große Mengen an Metallen und Spezialmaterialien, deren Produktion heute stark in wenigen Ländern konzentriert ist.

In Deutschland wird darüber erstaunlich wenig gesprochen, obwohl diese Abhängigkeiten die Resilienz unseres Energiesystems erheblich beeinflussen. Kernenergie wirkt hier stabilisierend. Sie benötigt vergleichsweise wenig Rohstoffe und liefert kontinuierlich Energie. Hinzu kommt die hohe Energiedichte des Brennstoffs. Uran kann weltweit zuverlässig bezogen und über Jahre gelagert werden. Strategische Vorräte sind möglich, ein sehr wichtiger Faktor in einer geopolitisch unsicheren Welt.

Besonders viel Aufmerksamkeit erhalten international derzeit sogenannte Small Modular Reactors (SMR). Diese Reaktoren sind deutlich kleiner als klassische Kernkraftwerke und werden weitgehend industriell vorgefertigt. Das ermöglicht standardisierte Fertigung, kürzere Bauzeiten und geringere Kosten pro Anlage.

SMR können nicht nur Strom erzeugen, sondern auch Wärme für industrielle Prozesse und Wasserstoff bereitstellen, was einen entscheidenden Vorteil für ein industrielles Land wie Deutschland darstellt.



Das Beste aus beiden Welten? Solaranlage mit Atomkraftwerk in Bayern

IMAGEBROKER/IMAGO

Finnland geht voran und nimmt sein Endlager noch in diesem Jahr in Betrieb.

Hinzu kommt ein industriepolitischer Punkt, der in der deutschen Debatte leider zu selten angesprochen wird. Deutschland verfügt weiterhin über erhebliche Kompetenzen in der Kerntechnik, von der Zentrifugenherstellung und der Urananreicherung über die Brennelementfertigung bis hin zu hochspezialisierter Komponentenproduktion sowie Mess- und Regeltechnik.

Diese Kompetenzen sind weltweit im Einsatz, deutsche Technik ist international gefragt. Deutsche Unternehmen sind nach wie vor erfolgreiche Zulieferer für internationale Reaktorprogramme. Zu Recht! Denn über Jahrzehnte gehörten unsere Anlagen zu den leistungsstärksten der Welt.

Wir waren mehrfach Weltmeister in der Stromproduktion und sind in unserem Fach echte Champions. Auch beim Thema Sicherheit gilt Deutschland international als Vorbild. Dieses Wissen und diese Erfahrungen sind ein industrieller Schatz, der nicht einfach verschwinden darf, sondern genutzt und weiterentwickelt werden sollte.

Auch Universitäten und Forschungseinrichtungen sind erfolgreich in internationale Programme eingebunden und tragen zur Entwicklung nuklearer Technologien in Europa und dem Rest der Welt bei. Mit anderen Worten: Deutschland verfügt noch immer über einen großen Teil der industriellen Wertschöpfungskette, die für moderne Kerntechnologien benötigt wird. Doch dieses Know-how bleibt nicht von selbst erhalten.

Denn wenn Deutschland weiter wider besseres Wissen bei seinem Ausstiegsbeschluss stehen bleibt, besteht die Gefahr, dass auch diese Kompetenzen schrittweise verloren gehen. Denn wenn die Wurzel einmal abgeschnitten ist, stirbt auch die Pflanze darüber ab. Dabei profitiert unsere Wirtschaft selbst dann, wenn es kurzfristig keinen politischen Wiedereinstieg gibt. Als Zulieferer für internationale Reaktorprogramme.

Deshalb braucht Deutschland nun einen umfassenden Ansatz. Eine zukunftsorientierte Energie- und Technologiepolitik sollte Kernenergie nicht eindimensional betrachten, sondern eine zweigleisige Strategie verfolgen: die Entwicklung und Nutzung von SMR in möglichst naher Zukunft und langfristig die Förderung der Kernfusion. Beide Technologien müssen zur Chefsache gemacht und ebenso konsequent unterstützt werden, damit sie so schnell wie möglich zur Verfügung stehen.

Beide Technologien bauen im Übrigen auf demselben wissenschaftlichen Fundament auf und ergänzen sich hervorragend. SMR könnten bereits in den 2030er-Jahren einen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Kernfusion hingegen wird voraussichtlich erst in der Zeit nach 2040 kommerziell verfügbar sein. Kerntechnische Expertise von heute sichert die Industrialisierung der Fusion von morgen.

Bevor Berlin diese Debatte weiterführt, lohnt sich ein Blick auf einige besonders hartnäckige Irrtümer. Uran kann man keineswegs nur in Russland beziehen. Große Vorkommen existieren etwa in Kanada und Australien, weitere bedeutende Reserven gibt es in Kasachstan, Afrika und Südamerika.

Beim Thema Endlager lohnt es sich ebenfalls, über den deutschen Tellerrand zu blicken. Dass Deutschland bislang kein Endlager betreibt, liegt wesentlich an politischen Entscheidungen. Technisch sind sichere Lösungen längst verfügbar und Standortauswahlverfahren wurden erfolgreich abgeschlossen. Finnland geht voran und nimmt sein Endlager noch in diesem Jahr in Betrieb. In Frankreich, der Schweiz und Schweden wurden Standorte ausgewählt, und es bestehen sehr gute Umsetzungsperspektiven für Endlager.

Kein Abfall, sondern wertvoller Rohstoff

Auch die Finanzierung der Entsorgung in Deutschland ist geregelt. Mit dem 2017 eingerichteten Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KENFO) haben die Betreiber der deutschen Kernkraftwerke rund 24 Milliarden Euro in eine öffentlich-rechtliche Stiftung des Bundes eingezahlt. Aus diesem Fonds werden Zwischen- und Endlagerung finanziert und nicht, wie häufig behauptet, von der Allgemeinheit.

Im Übrigen wäre im Zweifel gar kein Endlager in diesem Umfang erforderlich. Bereits verwendete Brennelemente sind kein Abfall, sondern ein wertvoller Rohstoff, der schon in naher Zukunft weiterverwendet werden könnte, wenn man es denn wollte.

Natürlich kann Kernenergie nicht alle Probleme auf dieser Welt lösen. Keine Technologie kann das. Eine „eierlegende Wollmilchsau“ gibt es schlichtweg nicht. Die entscheidende Frage aber lautet vielmehr: Können wir es uns leisten, eine funktionierende, CO₂-arme und grundlastfähige Technologie vollständig auszuschließen? Die meisten europäischen Staaten um uns herum beantworten diese Frage mit einem klaren Ja zur Kernenergie.

Deutschland sollte zumindest den Mut haben, sie sich ehrlich zu stellen. Nicht ideologisch, sondern pragmatisch. Denn Energiepolitik entscheidet über weit mehr als Strompreise. Sie entscheidet über industrielle Wertschöpfung, über Versorgungssicherheit und über die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Europa hat begonnen, diese Realität neu zu bewerten. Deutschland sollte sich dieser Debatte nicht länger entziehen.

Und vielleicht lohnt es sich, diese Frage auch einmal aus der Perspektive einer Mutter zu betrachten, die sich wünscht, dass ihre Kinder in einem Land aufwachsen, das seine Zukunft gestaltet und nicht unnötig aufs Spiel setzt.